

Dies zeigt die offensichtlichen Grenzen der Versuche Lustigers, dem – wie er es in seinem neuesten Interview-Buch „Le Choix de Dieu“ (Paris 1987) ganz allgemein andeutet – charismatischen Element in der Kirche zu seinem Recht zu verhelfen: „Jemanden zum Priester oder Bischof ernennen, setzt eine Wahl voraus, und zwar nicht nur auf der Grundlage von Fähigkeiten bzw. der Eignung für eine Aufgabe, sondern mehr noch auf der Grundlage von etwas anderem, dem Willen Gottes“ (S. 440). Und was er im Zusammenhang mit dem Thema „Bischofsernennungen“ sagt, könnte ebenso gut ein Rechtfertigungsversuch seiner Einflußnahme auf Bi-

schofsernennungen sein: „Wer regiert die Kirche? Männer des Apparates oder Hirten? Wie wird die Autorität übertragen – durch Sakramente oder andere Qualifikationen und Verfahren?“ (S. 439)

Selbst wenn der Heilige Stuhl und vor allem der Nuntius in Paris in Zukunft den Empfehlungen von Kardinal Lustiger etwas zurückhaltender gegenüberstehen sollten, das Problem – nämlich das geringe Gewicht der von den zuständigen Bischöfen vor Ort gemachten Vorschläge, ganz zu schweigen von denkbaren und wünschenswerten Beteiligungsformen der Laien – ist dadurch nicht beseitigt.

K. N.

und das Wiederauftauchen der „Macoutes“.

Nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung im April 1987 kam es zwischen dem regierungsunabhängigen Wahlausschuß CEP und dem Nationalrat zu einem Kräfteressen, das von blutigen Straßenkämpfen begleitet wurde. In den Wochen vor dem Wahltermin nahmen die Gewalttätigkeiten zu, mindestens 30 Menschen, darunter die Präsidentschaftskandidaten *Yves Volé* und *Sylvio Claude*, wurden ermordet. Als am Wahltag, dem 29. November, Terrorkommandos im Auftrag der alten Machthaber die Hauptstadt Port-au-Prince überzogen, setzte der CEP die Wahlen ab.

## Haiti: Vakuum nach der Diktatur

Mit den Wahlen vom 17. Januar – es sollten die ersten freien Wahlen seit 30 Jahren werden – ist eine demokratische Zukunft des Karibikstaates Haiti auch zwei Jahre nach dem Ende der Duvalier-Diktatur keineswegs gesichert. Am 7. Februar trat mit *Leslie Manigat* ein neuer Präsident sein Amt an, der im In- und Ausland als Gegner des alten Regimes und fähiger Politiker reputiert wäre, ließen die offensichtlich von der Armee manipulierten Wahlen, die ihm zur Macht verhelfen, nicht doch erhebliche Zweifel an seiner demokratischen Legitimität aufkommen.

### Wahlen, die zur Farce wurden

Manigat und seine Regierung stehen zunächst vor der Aufgabe, Ruhe in einem bitterarmen, überbevölkerten Land zu schaffen, in dem die Anarchie Tradition hat. Auf den Sturz *Jean-Claude Duvaliers* („Baby Doc“) im Februar 1986 und das Ende seiner und seines Vaters Bereicherungsdiktatur, das die Bevölkerung stürmisch und wie im Rausch feierte, folgte die Übergangsregierung des „Nationalen Regierungsrats (CNG)“ unter Gene-

ral *Henri Namphy*, Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Sie war von blutigen Unruhen und von einem beispiellosen Parteien- und Interessenwirrwarr gekennzeichnet. (Zu Beginn des Wahlkampfes bewarben sich 200 Kandidaten um die Präsidentschaft.) Die blutige Rache an den „Tontons Macoutes“, der gefürchteten Miliz des Diktators, und Plünderungen der aufgebrauchten Bevölkerung in den Häusern und Geschäften seiner geflohenen Anhänger führten noch im Februar zur Ausrufung des Notstands. Im März verließen 4 von 7 Mitgliedern den von der Armee kontrollierten Nationalen Rat; bei Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Soldaten gab es erste Todesopfer.

Obwohl General Namphy bereits im Juni freie Wahlen für November 1987 ankündigte, nahm die Unruhe in der Bevölkerung zu. Im November 1986 riefen 52 Oppositionsparteien zum Generalstreik auf mit dem Ziel, den Nationalrat zu stürzen. Parallel zu den von Namphy widerwillig vollzogenen politischen Maßnahmen, die eine demokratische Entwicklung einleiten sollten, wuchs der Unwille in der Bevölkerung über die ungebrochene Macht der Armee, den überall spürbaren Einfluß der Duvalieristen

Das Scheitern der November-Wahlen machte die politischen Machtverhältnisse in Haiti deutlich, die der neue Präsident auf die kurze Formel gebracht hat: „Ohne die Armee geht in diesem Land nichts“. Der zweite Anlauf am 17. Januar brachte Scheinwahlen mit gefälschten Ergebnissen. Der Nationale Rat hatte zuvor ein neues Wahlgesetz verabschiedet, das einer Abschaffung freier und geheimer Wahlen gleichkam und dem Wahlbetrug Tür und Tor öffnete. So registrierten Beobachter am Wahltag denn auch zahlreiche Unregelmäßigkeiten wie mehrfache Stimmabgabe etc. Die wichtigsten Parteien nahmen an den Wahlen erst gar nicht teil und hatten zum Boykott aufgerufen. Oppositionelle und kirchliche Beobachter bezifferten die Wahlbeteiligung auf zwischen 2 und 15 Prozent; nach offiziellen Angaben lag sie bei 35 Prozent. Manigat und seine „Vereinigung der Nationalen und Fortschrittlichen Demokraten (RDNP)“ errangen danach 50,29 Prozent der Stimmen. Zum ersten Wahltermin hatten sich 70 Prozent der wahlberechtigten Bürger in die Register eintragen lassen.

Die programmatische Aussage des neuen Präsidenten, „die Versöhnung der Nation“ sei sein vorrangiges Ziel, deckt sich mit dem in zahlreichen Stellungnahmen der katholischen Kirche manifesten Anliegen der katholischen Kirche, die in Haiti eine gesellschaftliche Kraft von beträchtlichem Ansehen ist. Allerdings verbinden die

Bischöfe ihre Aufrufe zur Versöhnung mit der Forderung nach einer demokratischen Staatsordnung und sozialer Gerechtigkeit, weshalb ihnen Präsident Manigat „eine gewisse Linkslastigkeit“ vorhält.

Nach dem Ende der Diktatur hat sich die Kirche bald von dem neuen Regime distanziert und – mehrfach gemeinsam mit dem Protestantischen Kirchenbund – die demokratischen Zusagen der Regierung Namphy angemahnt.

Bereits zum ersten Jahrestag des „befreiten Haiti“ hatte die *Bischofskonferenz* der Regierung schwere Versäumnisse vorgehalten, vor neuen Gewaltausbrüchen gewarnt und über Übergriffe der Armee und paramilitärischen Trupps geklagt, die die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzten. Ende August vergangenen Jahres veröffentlichten die Bischöfe dann eine *Erklärung* „Antworten der Bischofskonferenz auf einige die Kirche in Haiti bedrängende Fragen“, die Spannungen innerhalb der Kirche zum Hintergrund hatte. Das Papier hat einen eindeutig mahnenden Charakter und sollte in der explosiven politischen Lage vor den Wahlen offenbar die Gemeinschaft von Bischöfen, Klerus und Kirchenvolk stärken. Die Bischofskonferenz warnte in dem Schreiben *vor der politischen Instrumentalisierung* der christlichen Basisgemeinschaften und ersten Anzeichen einer „Volkskirche“, verurteilte sowohl den Marxismus als auch den liberalen Kapitalismus und empfahl einen „dritten Weg“. Die Erklärung lag in Inhalt und Diktion ganz auf der Linie päpstlicher und vatikanischer Verlautbarungen zur Thematik; kirchliche Gesprächspartner gaben an, sie entspreche einem Wunsch des Apostolischen Nuntius.

Tatsächlich hielt eine kleine Anzahl der 450 in Haiti tätigen Priester die Kritik der Bischöfe an der Übergangsregierung für unzureichend. Der bekannteste unter ihnen, der Salesianerpater *Bertrand Aristide*, kämpft nach eigenen Aussagen für eine vollständige „Demacoutisierung“ des Landes, „die Kirche inbegriffen“. Der von der Theologie der Befreiung in-

spirierte Priester predigt von einem neuen Haiti, „in dem Gott für das Volk Partei ergreift“; er ist mehrmals mit dem Tode bedroht worden. Als der Orden ihn 1986 in eine weniger exponierte Pfarrei versetzen wollte, baten Tausende aus der Gemeinde mit Erfolg um seine Rückkehr.

## Bischöfe vermeiden offene Konfrontation

*Pater Aristide* und einige andere gleichgesinnte Priester sind aus der Erfahrung ihrer pastoralen Arbeit unter den Armen kämpferischer und politisch aktiver, als es dem Episkopat lieb ist, doch wäre es übertrieben, von Spaltungstendenzen in der haitischen Kirche zu sprechen. Zu sehr teilt die Kirche insgesamt die Enttäuschungen und Sorge der Bevölkerung über die andauernde Gewalt und Gegengewalt, die sich im letzten Jahr auch gegen Kirchenvertreter und kirchliche Einrichtungen zu wenden begann.

Bei aller Kritik suchten die Bischöfe die offene Konfrontation mit dem Regime zu vermeiden. „Wir stehen auf der Seite des Volkes“, hieß es wiederholt in ihren Erklärungen. Zu den letztlich erfolgreichen *Wahlverbindungsversuchen der Militärs* schrieben sie im Dezember: „Leider ist der Wille des Volkes von antidemokratischen und kriminellen Kräften durchkreuzt worden. Warum vertraut man dem Volk nicht, warum hält man es wie ein Kind, um nicht zu sagen wie einen Sklaven?“ Die Wahlen vom Januar bezeichneten die Bischöfe als „weder frei noch rechtmäßig und ehrlich“. In derselben Stellungnahme (23.1.88) klagten sie über die „anhaltende systematische Beschuldigung der Kirche“, sie habe Parteipolitik zugunsten bestimmter Kandidaten betrieben und so die Unruhe im Volk geschürt. Gleichzeitig fordern sie jedoch alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte zu einem „ehrliehen Dialog zum Wohl des Volkes“ auf.

Aus der Reihe der um Zurückhaltung bemühten Hierarchie trat wiederholt der Bischof von Jérémie, *Willy Romelus*. Am Tag nach den durch Mord

und Terror verhinderten Novemberwahlen warf er der Regierung Namphy vor, die Verfassung seit ihrer Verkündung fortwährend verletzt zu haben. Die Anklagen gipfelten in der Feststellung, der Nationalrat habe sich mit dem „Macoute“-Flügel der Armee und den Altdualeristen gegen das Volk verbündet. Er forderte öffentlich den Rücktritt des Nationalrats.

Unter der Regierung Manigats, der der Kirche (und allen Religionen – damit auch dem Voodoo-Kult, der eine politisch-gesellschaftlich integrierende konservative Kraft in Haiti darstellt) bei seinem Amtsantritt freie Entfaltungsmöglichkeiten zugesichert hat, wird die Kirche zwischen zwei Extremen ihren Weg suchen müssen. Die Bischöfe scheinen insgesamt geneigt, ihr direktes politisches Engagement mit dem Sturz der Diktatur als beendet anzusehen; der mahnende Tenor des Hirtenbriefes vom 28. August war ein deutliches Signal in diese Richtung.

Kritische Stimmen aus dem Klerus warnen vor einem gänzlichen Rückzug der Kirche, die sich in Zukunft mit fallweisen Stellungnahmen begnügen könnte. Das mit dem Fall der Diktatur entstandene Vakuum in einer Gesellschaft, die, aus sozial und kulturell entwurzelten Sklaven geboren und durch Jahrhunderte der Despotie ausgeliefert, nur geringe Strukturerneuerung und schwache Integrationsmerkmale aufweist, sei eine Herausforderung für die Kirche, die einzige repräsentative Kraft des Volkes.

Wenn sie sich ihr entziehe, so wird argumentiert, habe die Bevölkerung des ärmsten lateinamerikanischen Staates wie in der Vergangenheit nur wieder die Möglichkeit der verzweifelten Revolte, die mit ideologisch zielgerichteten Revolutionen anderer Länder des Subkontinents nicht zu vergleichen seien. Gerade in den christlichen Basisgemeinschaften, kreolisch „Ti Legliz“ – kleine Kirchen –, sieht der gesellschaftspolitisch engagierte Teil des Klerus einen Ort, an dem Gemeinschaft, Bewußtsein und Bürgerverantwortung sich entwickeln könnten.

G. B.